Kleine Anfrage

des Abg. Stephen Brauer FDP/DVP

Ausschüttungen von Sparkassen in kommunale Haushalte

Ich frage die Landesregierung:

1. Nach welchen Rechtsgrundlagen sind Ausschüttungen der Sparkassen an ihren Träger bzw. die Mitglieder eines die Sparkasse tragenden Zweckverbands möglich?
2. Welche Beschlüsse sind hierzu von welchen Gremien notwendig?
3. Welche fiskalischen Grenzen gibt es hierfür?
4. Können Sparkassen nur an den Land- bzw. Stadtkreis ausschütten, der sie trägt?
5. Inwieweit können kommunale Haushalte nach § 31 Absatz 5 Sparkassengesetz im Ausschüttungsfall berechnete Empfänger sein?
6. Inwieweit muss das Regierungspräsidium als Aufsichtsbehörde hier zustimmen?
7. Hat das Regierungspräsidium als Aufsicht der kommunalen Gebietskörperschaften hier sogar entsprechende Hinweise gegeben bzw. hat dies tun müssen?
8. Wie hoch fiel in den Jahren 2022, 2023, 2024 der durchschnittliche Überschuss der Sparkassen in Baden-Württemberg aus?

11.6.2025

Brauer FDP/DVP

Begründung

Die Kommunen sind in einer finanziell prekären Lage, unter anderem ausgelöst durch eine unzureichende Finanzierung ihrer Aufgaben durch Bund und Land. Stadt- und Landkreise versuchen die teilweise bestehenden kommunalen Krankenhaus-Defizite u. a. über erhöhte Kreisumlagen bei ihren Sitzgemeinden zu refinanzieren.

Eine andere Möglichkeit, die jeweiligen Defizit der Gebietskörperschaften zu reduzieren, könnte eine Ausschüttung der Sparkassen entweder in den jeweiligen Kreishaushalt – zur Reduzierung der Kreisumlage oder an die Trägerkommunen sein, je nach Konstruktion vor Ort.